



Landeselternrat der Gesamtschulen, Eichengrund 15, 33106 Paderborn

Landtag des Landes Nordrhein Westfalen
Ausschuss für Schule und Weiterbildung
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Geschäftsstelle:

Petra Frie
Eichengrund 15
33106 Paderborn

Telefon / Fax

05254 – 957186

e-mail

LER.NRW@t-online.de

Homepage

www.ler-nrw.de

www.landeselternrat.de

Paderborn, den 28. Februar 2006

Stellungnahme des LER zur Anhörung „Elternrechte bewahren“ am 8. März 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr und beziehen Stellung zur Problematik der verbindlichen Grundschulempfehlung, die mit der Novellierung des Schulgesetzes in NRW umgesetzt werden soll.

Unsere Stellungnahme bezieht sich zum Einen auf die Erfahrungen von Eltern beim Übergang Grundschule – weiterführende Schule. Zum Anderen sehen wir diese Erfahrungen in einer ganzen Reihe von wissenschaftlichen Studien bestätigt, auf die wir im weiteren konkret verweisen.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass sich in der Praxis, d.h. im Schulalltag, Grundschulgutachten als **nicht** prognosesicher herausgestellt haben. Auf Grundlage der repräsentativen PISA 2000-Daten gibt es folgende Aussagen zur Prognosesicherheit: „Das Risiko, einer falschen (zu hohen) Schulform zugewiesen zu werden, ist aufgrund einer unzutreffenden Grundschulempfehlung 17 Mal größer als aufgrund falscher (überhöhter) elterlicher Bildungsansprüche.“ (Dr. R. Block: Schulrecht vor Elternrecht?, Essen 2006, S.2)

In der gleichen Studie finden sich auch Aussagen zu überhöhten Bildungsaspirationen von Eltern und dem Erfolg bzw. Versagen ihrer Kinder in der nächsthöheren Schulform. Auch in diesen Fällen ist die übersteigerte Bildungsaspiration der Eltern eher ein Schlüssel **zum** Erfolg – diese Kinder haben 20-mal größere Chancen in der „falschen“ Schulform zu bestehen, als ihre Mitschüler mit der entsprechenden schulischen Empfehlung.

Das Risiko der Grundschulempfehlung zu folgen und dann zu scheitern ist 17-mal höher als bei „überhöhten“ Bildungserwartungen der Eltern (siehe dazu Prof. Dr. Bellenberg: „Neue Bildungschancen für NRW? Eine kritische Sichtung schulpolitischer Ziele und geplanter Maßnahmen der neuen Landesregierung“, Bochum 2006).

Die Begründung der CDU zur Einführung der verbindlicheren Grundschulgutachten sind wissenschaftlich widerlegt – mehr als 80 % der SchulformabsteigerInnen hatte eine Empfehlung für genau diese Schulform.

„Offensichtlich“ ungeeignet ist **kein** Kind für die von ihm, bzw. der Eltern gewünschten Schulform.

Eltern erleben ihre Kinder tagtäglich in ganz unterschiedlichen Situationen und können durchaus das Leistungsvermögen, die Stärken und Schwächen ihrer Kinder, auch gerade in unterschiedlichen Phasen, beurteilen.

Vorsitzende:

Anette Plümpe, Dürerstr. 30, 59199 Bönen - ☎ 02383-4092 – email: pluempe_a@yahoo.de

Bankverbindung:

Kölner Bank Konto-Nr. 700 470 1016 BLZ 371 600 87

Spenden an den Landeselternrat sind steuerlich absetzbar.



LehrerInnen erleben Kinder 6 Stunden am Tag und ausschließlich in schulischen Zusammenhängen. Auch mit fundierten Diagnosekompetenzen ausgerüstet, lässt es sich nicht leugnen, dass das Leistungsvermögen 10-jähriger, später sogar 9-jähriger Kinder, und deren weitere Entwicklung sich auf gar keinen Fall sicher einschätzen und prognostizieren lässt (Dr. R. Block: Schulrecht vor Elternrecht?, Essen 2006, S.8). Somit ist eine fehlerfreie Zuordnung zu einer „begabungsgerechten“ Schulform unmöglich. Wie sollen LehrerInnen für diese Tätigkeit qualifiziert werden? Wie sind Kontrolle und verlässliche Qualität dieser Lebensentscheidungen gewährleistet? Wer haftet für aufgrund von Fehlentscheidungen entstandene psychische Schäden?

Wir möchten hiermit auf gar keinen Fall die Leistungen der GrundschullehrerInnen schmälern, möchten jedoch festhalten, dass „Wahrsagen“ nicht zur Lehrerausbildung gehört.

Aber: LehrerInnen wird hier zugemutet, Lebensläufe **verbindlich** festzulegen.

Die internationale Grundschulstudie IGLU zeigt sehr deutlich, dass in die Beurteilung nicht nur leistungsbezogene Aspekte einfließen, sondern auch soziale Kriterien eine wesentliche Rolle spielen.

„Grundschulgutachten wirken letztlich sozial selektiv, da sie Schülern mit unterschiedlicher sozialer Herkunft – unterschiedliche Übergangsempfehlungen ausstellen.“ (Dr. R. Block: Schulrecht vor Elternrecht?, Essen 2006, S. 3.)

Aussagen wie: „Ihr Kind kann kein Gymnasium besuchen – sie sind doch den ganzen Tag berufstätig und können dann nicht helfen!“ – sind leider keine Seltenheit.

Die besondere Verantwortung der Schulen für Kinder aus sozialschwächeren Familien und/oder mit Migrationshintergrund ist lobenswert, verkennt aber die Realitäten. Diese Kinder haben nicht die Schwierigkeiten die höheren Schulformen zu besuchen, sondern sie bekommen in der Regel auf Grund des sozialen und/oder Migrationshintergrundes gar nicht die Empfehlung für diese Schulformen (RS/GY).

Das bindende Grundschulgutachten wird ihre Bildungschancen noch weiter verringern!

Auch der Prognoseunterricht im Falle eines Dissenses Eltern-Grundschule wirft mehr Fragen auf, als er Antworten bezüglich einer Empfehlung geben kann. Hier liegen bereits erste wissenschaftliche Untersuchungen u.a. von Prof. Dr. Bellenberg ,Universität Bochum, vor, die dies untermauern.

Die Anforderung über den Prognoseunterricht zu einer „negativen Gewissheit“ bzw. „offensichtlichen Nicht-eignung“ für eine Schulform zu gelangen, lässt sich nicht mit dem pädagogischen Ethos der LehrerInnen vereinbaren.

Wie kann in einem dreitägigen Prognoseunterricht die Eignung für eine „begabungsgerechte Schulform“ festgelegt werden, wenn Eltern und LehrerInnen dies nicht in 4 Grundschuljahren gemeinsam und im Konsens beurteilen konnten.

Weiter verschärft wird die Situation mit der Vorverlegung der Einschulung und der weiteren Verjüngung der zu begutachtenden Viertklässler.

Desweiteren sehen wir hier den §8 der Landesverfassung verletzt. Das Recht der Eltern auf die freie Schulwahl und Einflussnahme auf die Bildung ihrer Kinder wird ausgehebelt.

Die im Referentenentwurf zum neuen Schulgesetz genannten Fördermöglichkeiten als Korrekturmöglichkeit bei fehlerhafter Grundschulempfehlung sind wenig hilfreich und nur für wenige SchülerInnen erreichbar.

Individuelle Förderung bezieht sich im Referentenentwurf nur auf hochbegabte und lernschwache SchülerInnen. Wir sind der Überzeugung, dass dem Großteil der SchülerInnen somit ein Anrecht auf individuelle Förderung verwehrt wird.

Vorsitzende:

Anette Plümpe, Dürerstr. 30, 59199 Bönen - ☎ 02383-4092 – email: pluempe_a@yahoo.de

Bankverbindung:

Kölner Bank Konto-Nr. 700 470 1016 BLZ 371 600 87

Spenden an den Landeselternrat sind steuerlich absetzbar.



Die Versetzung als Regelfall ist begrüßenswert und wird an den Gesamtschulen seit Bestehen erfolgreich praktiziert.

An den anderen Schulformen wird dies, ohne entsprechende Förderprogramme und –maßnahmen, ohne pädagogische Konzepte und ohne die entsprechende Fortbildung der LehrerInnen zu einem Problem.

Die Durchlässigkeit im dreigliedrigen Schulsystem gab es schon immer, in der Regel jedoch von Oben nach Unten. Im Referentenentwurf findet sich nun die Durchlässigkeit von Unten nach Oben, allerdings sehr eingeschränkt, bei einem Notenschnitt von 2 und auch nur in der Erprobungsstufe möglich. Die Durchlässigkeit ist durch den Sonderweg des Gymnasiums (9+3) ebenfalls in Frage gestellt.

Es stellt sich hier die Frage, wem dienen diese Korrekturmöglichkeiten, da das bindende Grundschulgutachten doch so treffsicher sein soll !?

Fazit:

Die geplante Einführung des verbindlichen Grundschulgutachtens bringt uns keinen Schritt näher zu einer größeren Bildungsbeteiligung aller SchülerInnen!

Im Gegenteil:

- Grundschulgutachten sind weder im Bereich Schülerkompetenzen noch Erfolgswahrscheinlichkeit prognosesicher (siehe dazu Prof. Dr. Bellenberg: „Neue Bildungschancen für NRW? Eine kritische Sichtung schulpolitischer Ziele und geplanter Maßnahmen der neuen Landesregierung“, Bochum 2006).
- Verbindliche Grundschulgutachten sind sozial selektiv (siehe LAU-Untersuchung Hamburg).
- Individuelle Förderung wird konterkariert, denn sie heißt hier: Kinder „begabungsgerecht“ in Schulformen sortieren!

Weiter auf dem Weg zu mehr Bildung für ALLE bringt uns nur ein Paradigmenwechsel:

Nicht die bessere Sortierung in Kästen/Schulformen wird unsere Bildung im weltweiten Vergleich (PISA) voranbringen und damit die Zukunftschancen unserer Kinder – **sondern** gefragt ist hier der Mut über eine Änderung der Schulstruktur nach skandinavischem Muster zu diskutieren.

Eine Schule in der erst zu einem späten Zeitpunkt (9. oder 10. Jahrgang), wenn überhaupt, Kinder voneinander getrennt werden - nennen wir diese Schule für alle Kinder doch Gymnasium!

Wir können es uns nicht mehr leisten Kinder und Jugendliche zu beschämen, sie auf ihrem Weg durch die Schule allein zu lassen.

Wir unterstützen daher die Forderung: **Elternrecht vor Schulrecht!**

Mit freundlichem Gruß

Anette Plümpe, Vorsitzende

Vorsitzende:

Anette Plümpe, Dürerstr. 30, 59199 Bönen - ☎ 02383-4092 – email: pluempe_a@yahoo.de

Bankverbindung:

Kölner Bank Konto-Nr. 700 470 1016 BLZ 371 600 87

Spenden an den Landeselternrat sind steuerlich absetzbar.